

# Informations-Technik bei der Stadtverwaltung Biberach

## Bestandsaufnahme und Ausblick

Christian Jäger,  
Leiter IT und Organisation,  
Stellv. Hauptamtsleiter

11.11.2019

# Überblick

1. Digitalisierung und Kommunalverwaltung
2. Kernaussagen der Bestandsaufnahme städtische IT

Zeitkontingent: 10 Minuten



Vorwort	4
1. Digitalisierung gemeinsam gestalten	7
2. Ziele	13
<b>3. Stärken- und Schwächenanalyse</b>	<b>17</b>
4. Schwerpunktthemen/Leuchtturmprojekte	21
4.1. Schwerpunktthemen	22
4.1.1. Intelligente Mobilität der Zukunft	22
4.1.2. Digitale Start-ups: Treiber der Digitalisierung	29
4.1.3. Initiative Wirtschaft 4.0: Digitalisierung in der Fläche voranbringen	35
4.1.4. Lernen@bw: Bildung und Weiterbildung in Zeiten der Digitalisierung	42
4.1.5. Digitale Gesundheitsanwendungen	51
4.1.6. Die Zukunft von Kommunen und Verwaltung ist digital	59
4.2. Querschnittsthemen	66
4.2.1. Bei Forschung, Entwicklung und Innovation international an der Spitze	66
4.2.2. Schnelles Internet in Stadt und Land	72
4.2.3. Digitalisierung: Chance für Nachhaltigkeit und Energiewende	78
4.2.4. Datensicherheit, Datenschutz und Verbraucherschutz im digitalen Zeitalter	85
5. Digitalisierung mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam voranbringen	93
Zentrale Maßnahmen auf einen Blick	97
Glossar	104



Ministerium für Inneres, Digitalisierung  
und Migration Baden-Württemberg



## STÄRKEN UND SCHWÄCHEN

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat in einer Metastudie unsere Stärken und Schwächen herausgearbeitet.

- Stärken und Schwächen identifiziert
- Von mindestens 5 davon sind wir als Stadtverwaltung direkt berührt

01

## → INTERNETINFRASTRUKTUR UND DATENSICHERHEIT

Die Internetinfrastruktur und Datensicherheit im Land sind ausbaufähig.

Vorlage Seite 5  
Abschnitt 3.2

### 3.2 Datenschutz und **Datensicherheit**, Vertraulichkeit der Daten

Die Stadtverwaltung hat eine Vielzahl von personenbezogenen Daten zu verarbeiten. Hinzu kommen Daten, die dem Steuergeheimnis unterliegen sowie vertrauliche und nichtöffentliche Daten. Bürger haben zu Recht Anspruch auf den sorgfältigen und rechtskonformen Umgang mit ihren Daten. Auf Datenschutzpannen reagiert die Öffentlichkeit sehr kritisch.

Einem besonderen Risiko unterliegen hierbei naturgemäß zentrale Stellen in einer IT-Infrastruktur. Diese gilt es besonders zu schützen, da widerrechtliche Zugriffe oder Angriffe an solchen sensiblen Stellen das höchste Schadensausmaß erreichen können. Bei der Stadt Biberach sind das zum Beispiel der **primäre und sekundäre Serverraum, die Büros der IT-Mitarbeiter und Verteiler- bzw. Knotenpunkte im städtischen Netzwerk**. Darauf soll auch bei der anstehenden Standortveränderung von Servertechnik und IT-Personal besonderen Wert gelegt werden.

02

## → IT-WISSEN

Es mangelt in vielen Positionen und Branchen an IT-Kenntnissen.

Vorlage Seite 11,  
Abschnitt 6.2,  
Absatz 2

Doppelstrukturen vermieden und Synergien erschlossen werden. Grundphilosophie des aktuellen Strategieentwurfes ist, dass die Digitalisierung der Verwaltung nur als gesamtstädtische Aufgabe erfolgreich sein kann. Also unter Mitwirkung aller Fachbereiche unter der Federführung einer zentralen Stelle (hier: „Geschäftsstelle Digitalisierung“). Dem liegt die Überzeugung zugrunde, dass eine Vielzahl unserer Fachämter mit ihren unterschiedlichen Aufgaben nicht miteinander vergleichbar sind. Die meisten Fachbereiche haben eigene fachliche Detailanforderungen an die Digitalisierung, die von den jeweiligen Fachleuten im Amt formuliert und mitgestaltet werden müssen. Trotzdem ist eine zentrale Stelle zur Festlegung der gemeinsamen Anforderungen sowie

05

## → E-GOVERNMENT

Sowohl Angebot als auch Nachfrage von E-Government befinden sich noch im Anfangsstadium.

Vorlage Seite 10,  
Abschnitt 6,  
Absatz 4

Das Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (OZG) verpflichtet die Länder in Deutschland, bis spätestens Ende 2022 alle Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Im Rahmen einer umfassenden Betrachtung der deutschen Verwaltungsleistungen wurden 575 gemäß OZG zu digitalisierende Leistungen identifiziert, in 35 Lebens- und 17 Unternehmenslagen gebündelt und im so genannten OZG-Umsetzungskatalog beschrieben. Das Land Baden-Württemberg hat dazu Anfang 2019 einen sogenannten „E-Government-Pakt“ mit den kommunalen Landesverbänden geschlossen. Dort

06

## → KOORDINATION DER VERWALTUNG

Es mangelt an der Koordination zwischen den Verwaltungsebenen.

Vorlage Seite 11  
Abschnitt 6.2,  
Absatz 2

sätzlichen Stellen ab 2020 mit Blick auf 2021 erste Gestalt annehmen. Vorrangiges Ziel ist es, die unterschiedlichen vorhandenen digitalen Aktivitäten in der gesamten Stadtverwaltung zu bündeln und an entsprechend festgelegten, strategischen Leitmotiven auszurichten. Somit sollen Doppelstrukturen vermieden und Synergien erschlossen werden. Grundphilosophie des aktuellen Strategieentwurfes ist, dass die Digitalisierung der Verwaltung nur als gesamtstädtische Aufgabe erfolgreich sein kann. Also unter Mitwirkung aller Fachbereiche unter der Federführung einer zentralen Stelle (hier: „Geschäftsstelle Digitalisierung“). Dem liegt die Überzeugung zugrunde, dass eine Vielzahl unserer Fachämter mit ihren unterschiedlichen Aufgaben nicht miteinander vergleichbar sind. Die meisten Fachbereiche haben eigene fachliche Detailanforderungen an die Digitalisierung, die von den jeweiligen Fachleuten im Amt formuliert und mitgestaltet werden müssen. Trotzdem ist eine zentrale Stelle zur Festlegung der gemeinsamen Anforderungen sowie auch als zentraler Ansprechpartner für externe Stellen notwendig. Zum Beispiel für das Innenmi-

07

## → DIGITALISIERUNGSSTRATEGIEN IN DEN KOMMUNEN

Es fehlen noch differenzierte Digitalisierungsstrategien in den Kommunen.

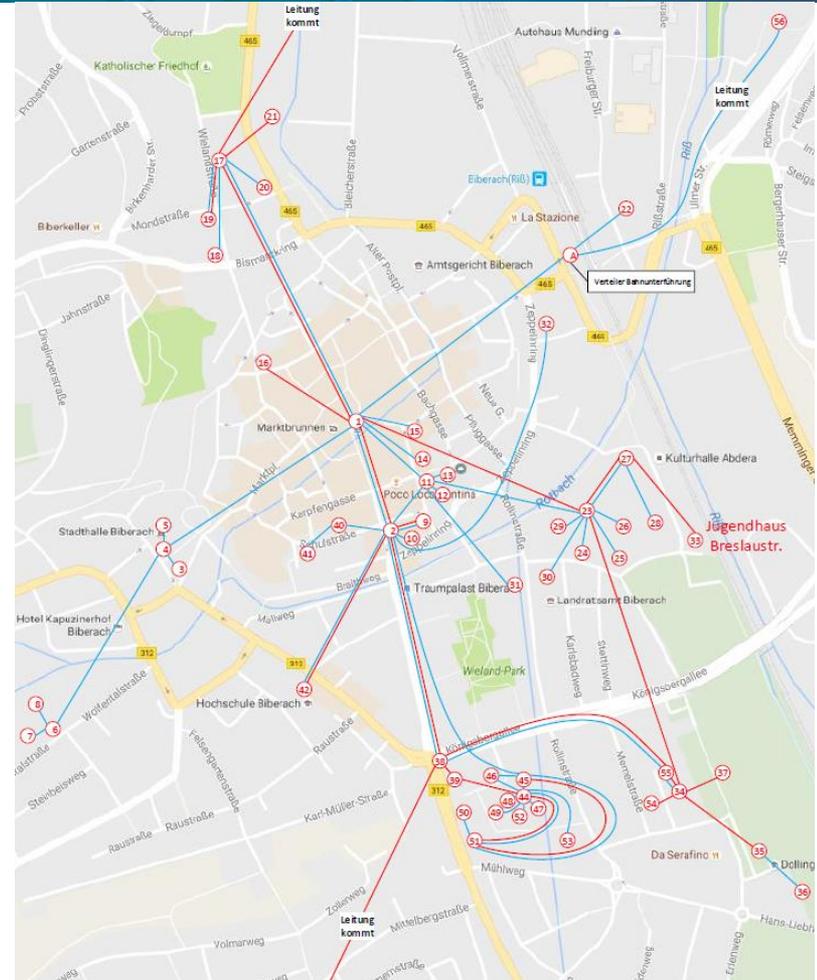
Vorlage Seite 11,  
Abschnitt 6.2

... von Abläufen allgemein. Weiter unterscheiden wir zwischen einer **IT-Strategie** im Innenverhältnis und einer **„Digitalen Strategie“** (bzw. Digitale Gesamtstrategie) im Außenverhältnis – auch im Sinne des Schlagwortes „SmartCity“ und Digitalisierung als Standortfaktor. Beide Strategieansätze müssen aufeinander abgestimmt sein und leiten sich in der Regel von der Organisationsstrategie der Verwaltung ab.

Ein erster Entwurf für die **„Digitale Strategie Biberach“** ist erarbeitet. Dieser soll nun mit den zusätzlichen Stellen ab 2020 mit Blick auf 2021 erste Gestalt annehmen. Vorrangiges Ziel ist es, die unterschiedlichen vorhandenen digitalen Aktivitäten in der gesamten Stadtverwaltung zu bündeln und an entsprechend festgelegten, strategischen Leitmotiven auszurichten. Somit sollen

## Summary Bestandsaufnahme

- Wichtige Veränderungsprozesse in der IT als Grundlage für die Digitalisierung sind angestoßen
- Zunehmende Standardisierung & eine angemessene Weiterentwicklung der Personalressourcen, bringt den notwendigen Freiraum für strategische Konzepte
- Ein DMS ist Basis für die Digitalisierung von Verwaltungsabläufen
- ...und somit auch Voraussetzung zur Erfüllung der Vorgaben des Online-Zugangsgesetzes (OZG) bis 2022



Täglich Teil

einer starken Stadt

Vielen Dank für Ihre  
Aufmerksamkeit!